

Umweltausschuss
Protokoll Nr. UA/01/2020

Bau- und Planungsausschuss
Protokoll Nr. BPA/01/2020

**über die öffentliche Sitzung des Umweltausschusses
teilweise gemeinsam mit dem Bau- und Planungsausschuss
(TOP 1 - 6.1) am 08.01.2020,**

Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der gemeinsamen Sitzung	:	18:30 Uhr
Ende der gemeinsamen Sitzung	:	20:45 Uhr
Beginn der UA-Sitzung	:	20:45 Uhr
Ende der Sitzung	:	21:20 Uhr

Anwesend

Umweltausschuss

Vorsitz

Herr Christian Schmidt

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Oliver Böge
Herr Rolf Griesenberg
Herr Volkmar Kleinschmidt
Frau Cordelia Koenig
Herr Detlef Levenhagen
Herr Jochen Proske
Frau Karen Schmick

Bürgerliche Mitglieder

Herr Gerhard Bartel
Herr Klaus Goldbeck
Herr Jan Jasper Lauert
Frau Sibylle von Rauchhaupt

Bau- und Planungsausschuss

Vorsitz

Herr Markus Kubczigk

bis 20:45 Uhr

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Uwe Gaumann

bis 20:45 Uhr

Herr Rolf Griesenberg

Frau Susanna Hansen

bis 20:45 Uhr

Frau Nadine Levenhagen

bis 20:45 Uhr

Herr Erik Schrader

bis 20:45 Uhr

Herr Dr. Detlef Steuer

bis 20:45 Uhr

Bürgerliche Mitglieder

Herr Gerhard Bartel

Herr Burkhard Bertram

ab 19:00 Uhr, TOP 5,

bis 20:45 Uhr

Herr Olaf Falke

bis 20:45 Uhr

Herr Stefan Gertz

bis 20:45 Uhr

Herr Klaus Goldbeck

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Rainer Möller

Stellv. Ausschussmitglied (BM),

bis 20:45 Uhr

Herr Peter Engel

Seniorenbeirat, bis 20:45 Uhr

Herr Christian Krause-Hassenstein

Seniorenbeirat, bis 20:45 Uhr

Herr Rolf de Vries

Naturschutzbeauftragter

Sonstige, Gäste

Herr Toralf Müller

Geschäftsführer VHH, zu TOP 5,

bis 20:45 Uhr

Herr Michael Wurm

IOKI, zu TOP 5, bis 20:45 Uhr

Herr Isaac Larbi

IOKI, zu TOP 5, bis 20:45 Uhr

Verwaltung

Herr Peter Kania

Frau Annette Kirchgeorg

Herr Heinz Baade

Frau Jule Lehmann

Frau Anja Gust

bis 20:05 Uhr

Frau Julia Brötzmann

bis 20:00 Uhr

Frau Jasna Makdissi

Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer bis TOP 6.1,

bis 20:45 Uhr

Frau Jane Jobst

Protokollführerin ab TOP 7

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Vortrag/Vorstellung von IOKI zum Thema "alternatives Mobilitätskonzept"
6. Hamburger Straße / Provisorischer Parkplatz Stormarnplatz
- 6.1. Antrag zum Umweltausschuss provisorischer Parkplatz Fraktion Die CDU vgl. auch Vorlagen Nr. 2018/115/3 **AN/128/2019**
7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. UA/10/2019 vom 27.11.2019
8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1. Berichte gem. § 45 c GO
- k e i n e -
- 8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
- 8.2.1. Bericht über den BPA-Beschluss vom 04.12.2019 über die Wohnraumpotentialflächen für den Flächennutzungsplan
9. Abfall- und Klärschlammverbrennungsanlage Stapelfeldt: Bericht über den Erörterungstermin ab 10.12.2019 im Genehmigungsverfahren nach §§ 4, 10 Bundes-Immissionsschutzgesetz
10. Geschäftsordnung für den Klimarat **2019/174**
11. Anfragen, Anregungen, Hinweise

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Umweltausschuss/Bau- und Planungsausschuss

Beide Vorsitzenden begrüßen alle Anwesenden und eröffnen die Sitzung. Man habe sich darauf geeinigt, dass der Vorsitzende des Umweltausschusses den gemeinsamen Sitzungsteil leitet.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Umweltausschuss/Bau- und Planungsausschuss

Die Beschlussfähigkeit sowohl des Umweltausschusses als auch des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Umweltausschuss/Bau- und Planungsausschuss

Herr Jan Furken verliest den diesem Protokoll als **Anlage 1** beigefügten Verfahrensstand mit seiner Frage. Daraufhin bestätigt die Verwaltung, dass die Stadt Ahrensburg bei der weiteren Planung zur Erneuerung der Hagener Allee das Maßnahmenblatt Nr. 8 des FFH-Managementplanes berücksichtigen und entlang der Hagener Allee feste Leiteinrichtungen für Amphibien vorsehen wird. Hierzu habe sich die Stadt bereits im Vorwege verpflichtet.

Des Weiteren bietet sich Herr Furken an, als Sachverständiger über das Genehmigungsverfahren zur Abfall- und Klärschlammverbrennungsanlage Stapelfeld (vgl. TOP 9) zu berichten.

Frau J. Wulf berichtet als Bewohnerin südöstlich der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck von dem dort im öffentlichen Straßenraum bestehenden Parkdruck, der ihres Erachtens ausgelöst wird durch zu wenige Kfz-Park-/Stellplätze in der Innenstadt und im Bahnhofsumfeld. Diesem gelte es entgegen zu wirken, zumal die Attraktivität des Geschäftszentrums insbesondere für auswärtige Autobesitzer leide.

Hierzu berichtet die Verwaltung von den Grundzügen des Konzeptes, wonach sich auf dem Grundstück Alte Reitbahn bei Realisierung des Bauvorhabens die Parkplatzzahl erhöht und zudem eine größere Parkierungsanlage auf dem Stormarnplatz, kurzfristig dort sogar ein provisorischer Parkplatz, entstehen soll. Am Rande wird eingegangen auf die Entlastung durch die wiederholt ausgeschriebene Fahrradabstellanlage in der Ladestraße und die in der Bauleitplanung vorgesehene Aufstockung der P+R-Anlage Alter Lokschuppen um zwei Parkebenen.

Herr Schack ist bevollmächtigt durch **Frau Stefanie Schack-Riedel**, gibt dem Umweltausschuss die als **Anlage 2** beigefügten Informationen zur Kenntnis und macht insbesondere auf zwei Aspekte aufmerksam: Einerseits soll bei der Abfallverbrennung nicht die neueste Technik zum Einsatz kommen, andererseits sind bei der Klärschlammverbrennung Überkapazitäten im norddeutschen Raum nicht ausgeschlossen.

Herr Jürgen Siemers spricht als Vorsitzender des Bürger- und Grundeigentümervers „Waldgut Hagen“ e. V. drei Themen an:

In Bezug auf den Wiedereinstieg in die Planung zur Erneuerung der Hagener Allee Süd bestätigt die Verwaltung, dass die Mittelbereitstellung für dieses Projekt im Haushalt eine politische Willensbekundung darstelle, die vorhandenen begrenzten Personalkapazitäten jedoch noch eine Priorisierung erforderlich machen würden und insofern derzeit nicht zu klären ist, wann das Angebot von Bürgern/Vereinen angenommen werden kann, sich in den Planungsprozess aktiv einzubringen.

Zum Bauvorhaben Ahrensfelder Weg 50/52 verweist er auf die Korrespondenz mit der Verwaltung und wendet sich nunmehr an die Mitglieder der Ausschüsse (**vgl. Anlage 3**). Wie die Verwaltung nochmals betont, entspricht das Bauvorhaben nunmehr den Festsetzungen des B-Planes Nr. 41 und war insofern zu genehmigen (vgl. BPA-Protokoll Nr. 14/2019 vom 04.12.2019; korrigierte Fassung des TOP 15.1).

Darüber hinaus fand es Herr Siemers unglücklich, dass im Erörterungstermin zum Genehmigungsverfahren der Verbrennungsanlage Stapelfeld die Stellungnahmen der betroffenen Kommunen nicht mit abgehandelt wurden und insofern auch nicht die Eingabe der Stadt Ahrensburg.

Da keine weiteren Einwohnerfragen vorliegen, wird dieser TOP geschlossen.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Umweltausschuss/Bau- und Planungsausschuss

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der geänderten Einladung vom 18.12.2019 vorgeschlagenen Tagesordnung. Hiergegen gibt es keine Einwendungen.

In Bezug auf das Angebot des Herrn Furken unter TOP 3, als Sachverständiger zu TOP 9 „Abfall- und Klärschlammverbrennungsanlage Stapelfeld“ zu berichten und eine Einordnung vorzunehmen, lässt der Vorsitzende den betroffenen Umweltausschuss darüber abstimmen, **Herrn Jan Furken**, der unter anderem Mitglied des Vereins Jordsand ist, als Sachverständigen zu hören. Über diesen Vorschlag stimmt der Ausschuss gemäß § 46 Abs. 12 in Verbindung mit § 16 c Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) ab.

**Abstimmungsergebnis: 11 dafür (CDU, SPD, 1 Grüne, WAB, FDP, Linke)
2 Enthaltungen (2 Grüne)**

Damit wird er als Sachverständiger gehört.

Anschließend wird über die gesamte Tagesordnung abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis BPA
für den gemeinsamen Sitzungsteil: Alle dafür**

Abstimmungsergebnis UA: Alle dafür

5. Vortrag/Vorstellung von IOKI zum Thema "alternatives Mobilitätskonzept"

Umweltausschuss/Bau- und Planungsausschuss

Die Gäste stellen anhand des dem Protokoll als **Anlage** beigefügten Vortrages das Konzept IOKI vor.

Wie Herr Müller erläutert, ist die VHH seit Mitte 2018 die Betreiberin eines neuen Bedarfsverkehrs mit Elektrofahrzeugen innerhalb der Hamburger Stadtteile Lurup, Osdorf und Billbrook, der unter dem Namen IOKI Hamburg angeboten wird. IOKI analysiert als Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG die Bedürfnisse und Verkehrsflüsse zur Erstellung von Mobilitätskonzepten und bietet die App an, während die individuellen Fahrzeuge und das Personal über die VHH gestellt wird, die auf Grundlage des bis Ende 2024 laufenden Verkehrsvertrages mit dem Kreis Stormarn als Träger des ÖPNV die Konzession nach § 42 Personenbeförderungsgesetz besitzt. Damit verbunden ist zum einen die Einhaltung von Standards und Regeln, zum anderen die Nutzungsberechtigung über den HVV-Tarif, wobei in den Hamburger Gebiet ein Zuschlag von 1 € pro Fahrt eingeführt wurde.

Betont wird, dass IOKI ein On-Demand-Verkehr anbietet mit dem Ziel, diesen in den ÖPNV zu integrieren, geschlossene Reiseketten zu gewährleisten und damit für heutige Nutzer von eigenen Kfz attraktiver zu werden. Verwiesen wird auf die Erfahrungen und Nutzer in Hamburg (**vgl. Vortrag**).

Ergänzend berichtet Herr Müller, dass man das Angebot in enger Abstimmung und teilweise Kooperation mit den Gewerbetreibenden, Ärzten, Seniorenheim und ähnlichem anbietet und Kontakt hält zu den Taxenbetrieben vor Ort.

Wie die Vertreter von IOKI erläutert, bietet ihr Unternehmen eine detaillierte Datenanalyse zur Mobilität in der Stadt Ahrensburg an und erstellt ausgehend von den Wünschen der Politik und Verwaltung ein maßgeschneidertes Mobilitätskonzept, individuell auf die örtlichen Bedürfnisse von kleinsten Quartieren zugeschnitten. Die Datenauswertung erlaubt Aussagen über Versorgungslücken und eine mögliche Unterversorgung.

Der operative Betrieb würde im Vorwege simulierend geplant; einbezogen wird von vornherein der bestehende und insoweit nur zu ergänzende Stadtbusverkehr. Erste Daten und Fakten Ahrensburgs werden als Ansatz dargestellt, wie z. B. ausgeprägte Morgenspitze im Verkehr. Am Ende stehe ein individuelles Konzept mit einem attraktiven Netz an virtuellen Haltestellen und dem Aufzeigen eines zukunftsweisenden, wirtschaftlichen Betriebsangebotes.

In der anschließenden Beratung wird insbesondere Folgendes erörtert bzw. festgestellt:

- Die Zulassung nach Personenbeförderungsgesetz besteht für die VHH, allerdings bedarf es eines die Leistungen abbildenden Verkehrsvertrages. Der Kreis Stormarn ist Anteilseigner der VHH GmbH, deren wirtschaftliches Handeln damit insoweit für die öffentliche Körperschaft transparent ist.
- In Hamburg kommen Fahrzeuge zum Einsatz, die den Londoner Taxen ähneln und einen Elektroantrieb besitzen.

- Am Reallabor nimmt IOKI mit der VHH teil, wobei die Konsortialführerschaft die Süderelbe AG übernimmt und ein Teilvorhaben der dörfliche Raum um Brunsbek umfasst.
- Die Anschaffungskosten des Fahrzeuges sind von den individuellen Wünschen abhängig und können zwischen rund 30.000 € und 100.000 € liegen; die Abschreibung erfolgt auf einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren. Daneben kann ein Unterhaltungsaufwand in derselben Höhe anfallen. Pro Fahrzeug ist mit 2,5 bis 3 Fahrkräften à 40.000 € Jahreskosten zu rechnen.
Die Zahl der Fahrzeuge bestimmt sich nach dem mit 50.000 € anzusetzenden Konzept, wobei genügend Möglichkeiten einer Weiterentwicklung gegeben werden müssten; die Flexibilität betrifft auch den im Gebiet einzusetzenden Fuhrpark.
- Obwohl das Projekt eigentlich nicht befristet, ja sogar zur langfristigen Ergänzung des ÖPNV angelegt ist, könnte es mit einem Vorlauf von rund drei Monaten beendet werden. Dieser Vorlauf ist insbesondere erforderlich, sofern man bestimmte Busverbindungen in den Randzeiten (z. B. die Spätverkehre) durch IOKI-Fahrten ersetzt.
- Die Anforderung der IOKI-Fahrzeuge erfolgt im Regelfall per App, sollten Linienbusverkehre ersetzt werden, wären auch andere Möglichkeiten anzubieten.

Wie im BPA auf der Sitzung vom 18.12.2019 beschlossen, soll noch im Januar eine Entscheidung über das weitere Vorgehen bzgl. IOKI und/oder MOIA getroffen werden. Sollte das IOKI-Projekt weiter verfolgt werden, müssten die Wünsche herausgearbeitet und eine Grundsatzabstimmung mit dem Kreis Stormarn vorgenommen werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Ursprünglich wurde angedacht, die vorgeschlagene Tagesordnung der BPA-Sitzung am 15.01.2020 zu ergänzen. Nunmehr kommt es zu einer außerplanmäßigen Sitzung am 22.01.2020 mit dem TOP „Teilnahme am Reallabor Hamburg mit einem On-Demand-Angebot“ - Vergleich IOKI/MOIA, an der auch ein Vertreter der Kreisverwaltung Stormarn teilnimmt.

6. Hamburger Straße / Provisorischer Parkplatz Stormarnplatz

AN/128/2019

6.1. Antrag zum Umweltausschuss provisorischer Parkplatz Fraktion Die CDU vgl. auch Vorlagen Nr. 2018/115/3

Umweltausschuss/Bau- und Planungsausschuss

Nachdem der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion den Antrag AN/128/2019 nochmals vorgetragen und begründet hat, betonen Vertreter der SPD-Fraktion zur Parkplatzsituation in der Ahrensburger Innenstadt die Ansicht der SPD-Fraktion, dass dieses Problem insbesondere durch den Wegfall von Parkplätzen auf dem Lindenhof-Gelände entstanden sei und der Verkaufserlös des Grundstückes Alte Reitbahn nunmehr für eine teure Tiefgarage für Ersatzparkraum verwendet werden soll ungeachtet der mit Parkhäusern in Stahlbauweise sich bietenden Alternativen. Da kein schlüssiges Parkraumkonzept vorliege, sollte mit der Alten Reitbahn nicht jetzt der zweite Großparkplatz in der Ahrensburger Innenstadt entfallen. Von daher wird von der SPD-Fraktion ein Änderungsantrag gestellt, wonach der Umweltausschuss beschließen möge, dass „bis zur Beendigung der Baumaßnahmen der Hamburger Straße der Parkplatz an der Alten Reitbahn erhalten bleibt.“

Im Laufe der anschließenden Aussprache wird festgestellt, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion bewirkt, dass er wegen der Zuständigkeit der Ausschüsse in die alleinige Entscheidungskompetenz des BPA fällt und als neuer Antrag von diesem zu entscheiden ist.

In der nachfolgenden Diskussion wird zunächst abgestellt auf die erst in der BPA-Sitzung am 15.01.2020 anstehende Entscheidung, ob als langfristige Lösung auf dem Stormarnplatz eine Tiefgarage oder ein Parkhaus - eventuell als Stahlbau - errichtet wird. Zum Lindenhof stellt die SPD-Fraktion klar, dass sie dieses viele Jahre als Parkplatz genutzte Grundstück nicht verkauft hätte, um es später einer anderen Nutzung (z. B. wird die Idee eines ZOBs erwähnt) zuzuführen.

In der Beratung über die beiden Anträge machen Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion deutlich, dass nach Ansicht der CDU-Fraktion Ersatzparkplätze für die Erneuerung der Hamburger Straße zwingend benötigt werden. Dem stimmen die Ausschussmitglieder der Fraktionen FDP und WAB zu. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält dagegen daran fest, die vorübergehende Aufgabe des Rasenfeldes auf dem Stormarnplatz durch einen provisorischen Parkplatz an den Wegfall des Parkplatzes Alte Reitbahn zu koppeln, wie im Umweltausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung am 24.06.2019 beschlossen, und diese nicht zeitlich vorzuziehen. Die Ausschussmitglieder der Fraktion DIE LINKE. favorisieren als Lösung die Errichtung eines gegebenenfalls städtischen Parkhauses auf dem Stormarnplatz, für das kurzfristig das Baurecht zu schaffen wäre.

Hinsichtlich der Vorstellung des geplanten provisorischen Parkplatzes auf dem Stormarnplatz und der Entscheidung, ob die bei PSK 55100.0900002/Projekt 251 im Haushaltsplan für 2020 bereitgestellten Mittel von 80.000 € ganz oder teilweise entsperrt werden, nehmen die Ausschüsse von dem als **Anlage** beigefügten Plan Kenntnis, wobei man übereinkommt, die Entscheidung durch den Umweltausschuss anhand einer kurzfristig zu erstellenden Vorlage treffen zu lassen.

Sodann wird zunächst über nachfolgenden Antrag der SPD-Fraktion entschieden:

Der Bau- und Planungsausschuss möge beschließen, dass bis zur Beendigung der Baumaßnahmen der Hamburger Straße der Parkplatz an der Alten Reitbahn erhalten bleibt.

Abstimmungsergebnis BPA: 4 dafür (SPD, FDP)
8 dagegen (CDU, Grüne, WAB)
1 Enthaltung (Linke)

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Letztlich wird über den nachfolgenden Antrag (AN/128/2019) der CDU-Fraktion entschieden:

Der Umweltausschuss möge beschließen, dass der provisorische Parkplatz auf dem Stormarnplatz bis zum Beginn der Baumaßnahme in der Hamburger Straße fertiggestellt ist.

Abstimmungsergebnis UA: 6 dafür (CDU, WAB, FDP)
6 dagegen (SPD, 2 Grüne, Linke)
1 Enthaltung (1 Grüne)

Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt mit der Folge, dass es entsprechend des weiterhin bestehenden UA-Beschlusses aus der Sitzung am 24.06.2019 dabei bleibt, dass der provisorische Parkplatz auf dem Stormarnplatz frühestens mit Schließung des Parkplatzes auf der Alten Reitbahn geöffnet wird.

Mit dem Abschluss der Behandlung des TOP 6/6.1 endet der gemeinsame Sitzungsteil, die BPA-Sitzung wird um 20:45 Uhr geschlossen.

gez. Christian Schmidt
Vorsitzender UA

gez. Markus Kubczigk
Vorsitzender BPA

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer

7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. UA/10/2019 vom 27.11.2019

Keine Einwendungen; das Protokoll gilt damit als genehmigt.

8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

8.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *k e i n e* —

8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

8.2.1. Bericht über den BPA-Beschluss vom 04.12.2019 über die Wohnraumpotentialflächen für den Flächennutzungsplan

Die Verwaltung verliest eingangs folgenden Beitrag zum Werdegang dieser Thematik und zu den vorherig gefassten Beschlüssen:

Die Vorlage Nr. 2019/020 zum Flächennutzungsplan wurde bereits am 13.03.2019 im UA behandelt (vgl. beigefügten Protokollauszug UA/03/2019). Diese Vorlage enthielt Vorschläge über eine Auswahl an Wohnraumpotentialflächen.

Der BPA fasste am 15.05.2019 den Beschluss über eine geänderte Auswahl der Wohnraumpotentialflächen.

Am 04.12.2019 vervollständigte der BPA die Beschlussfassung (Vorlage Nr. 2020/020/1) mit dem Votum zur Erarbeitung des 2. Entwurfs des FNP mit den zuvor beschlossenen Wohnraumpotentialflächen (vgl. beigefügten Protokollauszug (BPA/14/2019).

Die Anlagen 4 und 5 der Vorlage Nr. 2019/020/1 sind zur Information beigelegt.

Fazit: Die Verwaltung beauftragt nun das Planungsbüro mit der Erarbeitung des 2. Entwurfs zum FNP sowie der Durchführung der 2. Offenlage und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.

Die hier benannten Anlagen sind vorab allen Ausschussmitgliedern zugegangen und liegen nunmehr der **Anlage** bei.

9. **Abfall- und Klärschlammverbrennungsanlage Stapelfeldt: Bericht über den Erörterungstermin ab 10.12.2019 im Genehmigungsverfahren nach §§ 4, 10 Bundes-Immissionsschutzgesetz**

Weiter geht die Verwaltung auf den Bericht des dreitägigen Erörterungstermins (stattgefunden in Großhansdorf) zur Abfall- und Klärschlammverbrennungsanlage in Stapelfeldt ein. Dieser Bericht wurde den Ausschussmitgliedern im Vorfeld bereits übersandt und liegt nun der **Anlage** bei.

Anschließend wird Herr Furken als sachkundiger Bürger angehört. Herr Furken war auch bei dem Erörterungstermin anwesend. Seinem Eindruck zu Folge ist der Termin nicht harmonisch vonstattengegangen. Er glich vom Ablauf und der Gestaltung her einem Gerichtsverfahren.

Als einziges Entgegenkommen seitens der EEW wurde sich darauf verständigt, zukünftig vollständig auf die Einleitung von Oberflächenwasser in das FFH-Gebiet zu verzichten.

Der europaweit gültige Durchführungsbeschluss 2012/119/EU, welcher die bestverfügbare Technik für die Erbauung der Abfall- und Klärschlammverbrennungsanlage in Anlehnung an die Industrieemissionsrichtlinie (IE-Richtlinie, 2010/75/EU) vorgibt, wäre laut EEW nicht zu verwirklichen. Sollte diese Vorgabe tatsächlich umgesetzt werden müssen, wäre entsprechend der Darstellung durch Herrn Furken das Projekt für die Firma beendet.

Herr de Vries war in seiner Funktion als Naturschutzbeauftragter der Stadt Ahrensburg und Verbandsvertreter auch bei dem dreitägigen Termin in Großhansdorf anwesend und stellt weiterführend auch seinen gewonnenen Eindruck dar.

Eine Vielzahl an formalen Verstößen habe es gegeben. Beispielsweise, dass die Tagesordnung nicht eingehalten wurde. Themen wurden teils an einem anderen Tag als vorab geplant behandelt. Dies hatte zur Folge, dass extra geladene Sachverständige zu gewissen Punkten gar nicht angehört wurden, da der jeweilige Punkt bereits abgehandelt war. Scheinbar wahllose Veränderungen und vermehrte Unterbrechungen prägten den Termin. Die vorab eingebrachten Einwendungen können zwar eingesehen werden, jedoch liegt dieser Zusammenfassung von mehr als 6.000 Seiten keinerlei Struktur oder aber Suchfunktionsmöglichkeit zu Grunde und macht so ein gezieltes informieren unmöglich und schreckt in erster Line Informationssuchende ab. Darüber hinaus wird erwähnt, dass es seitens des LLUR sogar zu einem Misstrauensvotum kam, welches zu einer einstündigen Klärungspause führte.

Insgesamt schildert Herr de Vries einen chaotischen Erörterungstermin, in welchem dem Naturschutzverband darüber hinaus auch das Anwenden einer Verzögerungstaktik vorgeworfen wurde.

Die offizielle Stellungnahme des LLUR zum Ablauf und zu den Inhalten des Erörterungstermins wird durch Herrn de Vries eingereicht und als **Anlage** im Protokoll übernommen.

Die anwesenden Stadtverordneten zeigen sich empört über die geschilderten Eindrücke. Darüber hinaus wird sich aber darauf verständigt, dass die bereits erfolgte Eingabe der vorab durch die Stadtverordneten eruierten Einwendungen als sehr ausgewogen zu betrachten ist. Eine umfassende Prüfung der Vielzahl an Einwendungen wird unvermeidbar noch folgen müssen.

10. Geschäftsordnung für den Klimarat

Bezüglich des Klimarates nimmt die Verwaltung folgend Bezug auf die erstellte Vorlage. Der Inhalt der zukünftigen Geschäftsordnung des Klimarates der Stadt Ahrensburg ist allen Ausschussmitgliedern bekannt. Lediglich einen administrativen Punkt innerhalb der Geschäftsordnung gibt es laut Verwaltung unter Zustimmung der Ausschussmitglieder noch zu bedenken/bearbeiten. Dies ist die Vertretung des/der Vorsitzenden, denn derzeit würde bei Ausfall des/der Klimaschutzmanagerin die Sitzung ausfallen. Ein Mitglied des Klimarates regt an, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Klimarates zu setzen.

Abschließend zeigen sich die Ausschussmitglieder sehr angetan von der erarbeiteten Geschäftsordnung und nehmen diese hiermit zur Kenntnis.

11. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Seitens der Anwesenden bestehen keine Anfragen, Anregungen oder aber Hinweise.

gez. Christian Schmidt
Vorsitzender

gez. Jane Jobst
Protokollführerin